

Etatrede

des Stadtkämmerers Uwe Bonan

zur Einbringung des
Haushaltsplanentwurfes

für den Haushalt 2014 ff.

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Ratsmitglieder,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mülheim an der Ruhr, die Stadt am Fluss ... An diesem Bild möchte ich auch in diesem Jahr wieder meine Haushaltsrede anlehnen. Die naturnahe Lage direkt an der Ruhr mit dem hohen Erholungs- und Freizeitwert sind für mich eine von Mülheims Stärken. Sie wird hierdurch zu einer gern besuchten Stadt, die eine hohe Lebens- und Wohnqualität aufweist - und das soll auch so bleiben!

Als die Bezirksregierung Düsseldorf uns im April dieses Jahres die Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes 2013 erteilt hat, war das ein gutes Zeichen und bestätigte uns darin, dass es richtig war, die Anstrengungen zur Haushaltssicherung noch einmal zu verstärken. Wir befinden uns seither nicht mehr im Nothaushaltsrecht. Wir haben es geschafft, den Verlust der kommunalen Selbstverwaltung abzuwenden und das Ruder selbst in der Hand zu halten. Das muss uns auch mit dem kommenden Haushalt gelingen!

Denn nur so schaffen wir eine gute Basis für das Mülheim an der Ruhr der Zukunft.

In den vergangenen Monaten ist an dem Haushaltsentwurf 2014 ff. intensiv gearbeitet worden. Als Ergebnis gibt es eine gute und eine schlechte Nachricht:

Die gute Nachricht lautet:

Der Nothaushalt bleibt uns soeben noch erspart. Der Haushalt ist inklusive der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes noch genehmigungsfähig.

Aber:

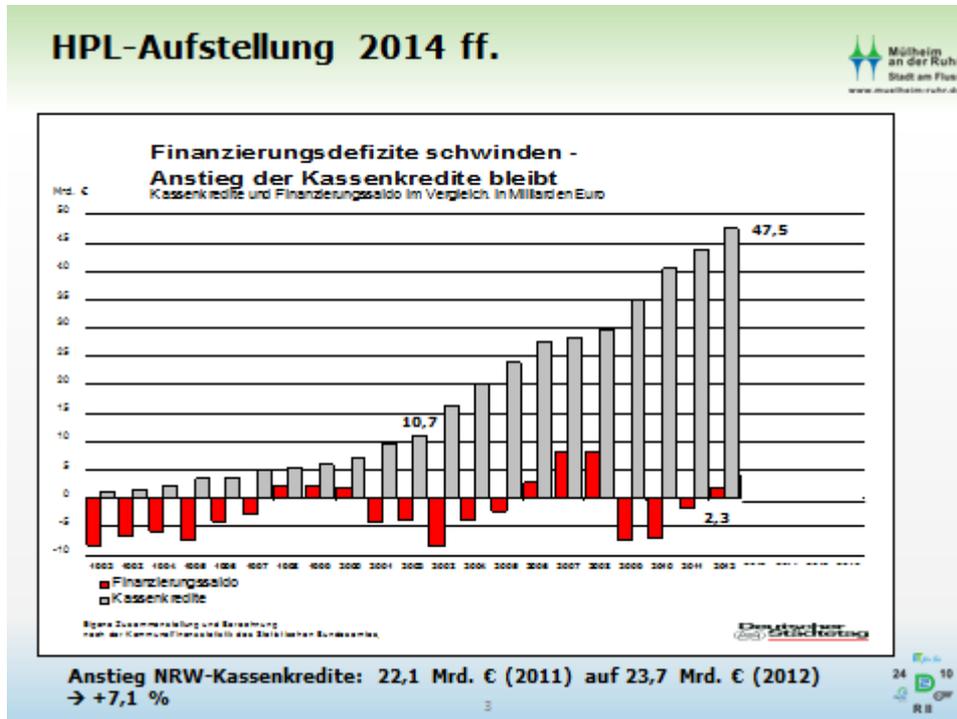
Die Überschuldung tritt nach der derzeitigen Planung im Jahr 2018 ein.

Bevor wir genauer auf die Mülheimer Zahlen schauen, lassen Sie mich kurz einen Blick „über die Reling“ werfen:

„Die aktuelle kommunale Finanzlage erscheint nur auf den ersten Blick erfreulich. Genauer betrachtet offenbaren sich in vielen Kommunen zunehmende Probleme und besorgniserregende Entwicklungen – so die nach wie vor steigenden Soziallasten, das niedrige Niveau der Investitionen und der weitere Anstieg der Kassenkredite“.

Dieser Darstellung der kommunalen Spitzenverbände aus Juni dieses Jahres kann ich mich - leider - nur voll und ganz anschließen.

Auch wenn wir derzeit in Deutschland eine im Vergleich zu unseren Nachbarn in Europa sehr positive wirtschaftliche Entwicklung erleben, gibt es keinen Grund zum Aufatmen. Denn die konjunkturelle Entspannung überdeckt die zum Teil erheblichen lokalen Ungleichgewichte. Und sie lenkt davon ab, dass auf der Ausgabenseite die Dynamik vielfach ungebrochen ist.



Die Haushaltslage der kommunalen Familie ist seit Jahren besorgniserregend. Die Ergebnisse aus Einnahmen und Ausgaben waren vornehmlich von hohen Defiziten gekennzeichnet.

Auch das positive Jahresergebnis 2012 des Gesamthaushalts aller Kommunen von bundesweit 2,3 Milliarden Euro ändert nichts an der Tatsache, dass die Kommunen Deutschlands seit 1993 insgesamt Fehlbeträge von 50,2 Milliarden Euro zu verkraften hatten und bei zahlreichen Kommunen erhebliche Haushaltsdefizite auch in den kommenden Jahren fortbestehen. Diese Entwicklung führt teilweise zu erheblichen Einschnitten bei kommunalen Angeboten, die direkt den Alltag der Menschen betreffen und nachteilig verändern.

Für die Jahre 2013 bis 2016 werden unter gleich bleibenden positiven Rahmenbedingungen weitere Überschüsse in der Größenordnung von jeweils 4 bis 4,5 Milliarden Euro prognostiziert. Trotzdem ist die Lage nicht gut. Schaut man hinter die Gesamtwerte für alle Kommunen, werden die zunehmenden Unterschiede zwischen verschiedenen Regionen deutlich, aber auch die Unterschiede innerhalb einzelner Regionen. Durchschnittsbetrachtungen können strukturelle Ungleichgewichte eben nicht sichtbar machen!

Laut einer neuen Studie der Bertelsmann-Stiftung aus August dieses Jahres (Kommunaler Finanzreport 2013) ist die Verschuldung der Städte und Gemeinden von rund 111 Milliarden Euro im Jahr 2007 auf rund 130 Milliarden in 2011 gestiegen. Verantwortlich dafür sind vor allem die Kassenkredite. Das sind Darlehen, die dazu gedacht waren, kurzfristige Engpässe zu überwinden, ähnlich wie ein Dispokredit für Privatleute. Zahlreiche Kommunen sind inzwischen auf geliehenes Geld angewiesen, um Alltagsausgaben (zum Beispiel die Zahlung der Sozialhilfe) bewältigen zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

„die Spaltung in reiche und arme Kommunen vertieft sich“, warnt Kerstin Witte, Kommunalexpertin der Bertelsmann Stiftung. Demnach stehen Orte in Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen und Thüringen weitaus besser da, als solche in Hessen, Rheinland-Pfalz, im Saarland und in NRW. Nach Auffassung der Bertelsmann-Stiftung können sich die Kommunen nicht allein aus der Schuldenfalle befreien, es helfe nur eine „gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern, Kommunen und Bürgern“.

Trotz eines bundesweit positiven Finanzierungssaldos sind die Kassenkredite im letzten Jahr bundesweit um rund 3,6 Milliarden Euro auf rund 47,5 Milliarden Euro angestiegen. Das ist nahezu eine Verfünffachung in den vergangenen zehn Jahren und ein neuer Negativrekord.

Erstaunlich ist, dass selbst in den konjunkturellen Spitzenjahren 2007/2008 mit einem positiven Gesamtsaldo aller Kommunen die Kassenkredite trotzdem weiter angestiegen sind.

Bezogen auf NRW ist es erschreckend, das die NRW-Kassenkredite von 22,1 Milliarden Euro in 2011 auf 23,7 Milliarden Euro in 2012 und somit um 7,1 Prozent angewachsen sind und das trotz Stärkungspakt!

Begründet ist die dramatische Kassenkredit-Entwicklung im Wesentlichen in der insgesamt bestehenden strukturellen Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden, die auch durch zwischenzeitliche Steuermehreinnahmen oder „Stärkungspaktmittel“ eben bei weitem nicht mehr ausgeglichen wird

Nach Einschätzung des WDR-Wirtschaftsexperten Wolfgang Otto „ist die Verschuldung ein Dauerproblem, das sich nicht durch das Auf und Ab der Konjunktur über die Jahre regelt. Wir haben einige Kommunen, da gibt es ein echtes strukturelles Problem, und die können aus eigener Kraft nicht aus den Miesen heraus“.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das alles zeigt wieder einmal deutlich: die Finanznot einzelner deutscher Kommunen wird immer schlimmer. Dazu zählen vor allem die Städte im Ruhrgebiet. Und dazu gehört leider auch Mülheim an der Ruhr.

Frau Oberbürgermeisterin,
meine Damen und Herren,

schauen wir nun auf die Eckpunkte der Mülheimer Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014.



HPL-Aufstellung 2014 ff. Ausgewählte Eckdaten

| | Haushaltsansatz | | Veränderung* 2014 zu 2013 |
|---|----------------------|----------------------|------------------------------|
| | 2013 | 2014 | |
| *Verbesserung (+) / Verschlechterung (-) für den Haushalt | | | |
| Gesamtergebnisplan | | | |
| Erträge - gesamt | 567.502.236 € | 577.191.929 € | 9.689.693 € |
| Aufwendungen - gesamt | 660.518.821 € | 666.430.575 € | -5.911.754 € |
| Jahresergebnis | -93.016.585 € | -89.238.646 € | 3.777.939 € |



Für das Jahr 2013 ist das Defizit in der Ergebnisplanung mit rund 93 Millionen Euro ausgewiesen. In 2014 liegen wir bei einem Fehlbetrag von rund 89 Millionen Euro. Somit ist das Planergebnis 2014 um rund 4 Millionen Euro niedriger als das von 2013, mithin rund 4,3 Prozent.

Die Gesamterträge haben sich von 567,5 Millionen Euro auf 577,2 Millionen Euro erhöht; mithin eine Steigerung von 9,7 Millionen Euro beziehungsweise rund 2 Prozent. Die Gesamtaufwendungen haben sich auch erhöht, nämlich von 660,5 Millionen Euro auf 666,4 Millionen Euro, somit um rund 1 Prozent.

HPL-Aufstellung 2014 ff. Ausgewählte Eckdaten

| | Haushaltsansatz | | Veränderung* 2014 zu 2013 |
|---|-----------------|--------------|------------------------------|
| | 2013 | 2014 | |
| *Verbesserung (+) / Verschlechterung (-) für den Haushalt | | | |
| Erträge | | | |
| Grundsteuer B | 35.705.000 € | 35.705.000 € | 0 € |
| Gewerbesteuer (brutto) | 90.000.000 € | 94.900.000 € | 4.900.000 € |
| Gemeindeanteil an der Einkommensteuer | 72.200.000 € | 76.300.000 € | 4.100.000 € |
| Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer | 10.400.000 € | 10.500.000 € | 100.000 € |
| Schlüsselzuweisungen v. Land | 65.900.000 € | 60.530.000 € | -5.370.000 € |

Die Veranschlagung der Steuereinnahmen richtet sich grundsätzlich nach dem Orientierungsdatenerlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales (MIK) vom 09. Juli 2013. Die Steigerung der Gewerbesteuereinnahmen um insgesamt 4,9 Millionen Euro beinhaltet darüber hinaus den von Ihnen mit dem HSK des letzten Jahres beschlossenen Hebesatz von 490 Prozent. Neben der Konstanz bei den Grundsteuern erhöht sich erfreulicherweise der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer um 4,1 Millionen Euro auf einen Spitzenwert von 76,3 Millionen Euro. Ein deutliches Zeichen der konjunkturellen Entwicklung. Einen erheblichen „Dämpfer“ gibt es leider bei den Schlüsselzuweisungen, dort „fehlen“ uns im nächsten Jahr rund 5,4 Millionen Euro.

HPL-Aufstellung 2014 ff. Ausgewählte Eckdaten

| | Haushaltsansatz | | Veränderung* 2014 zu 2013 |
|--|-----------------|---------------|------------------------------|
| | 2013 | 2014 | |
| *Verbesserung (+) / Verschlechterung (-) für den Haushalt | | | |
| Aufwendungen | | | |
| Transferaufwendungen | 260.749.659 € | 265.864.323 € | -5.114.664 € |
| - davon Sozialaufwendungen | 178.242.664 € | 182.432.064 € | -4.189.400 € |
| - davon Umlage an den LVR | 37.810.000 € | 39.980.000 € | -2.170.000 € |
| Personalaufwendungen (zahlungswirksam) | 134.419.465 € | 137.470.000 € | -3.050.535 € |
| Pensions-/Beihilferückstellungen (aktive) | 18.940.000 € | 13.800.000 € | 5.140.000 € |
| Pensions-/Beihilferückstellungen (Versorgungsempfänger) | 18.250.000 € | 13.600.000 € | 4.650.000 € |
| Pensionsrückstellungen gesamt | 37.190.000 € | 27.400.000 € | 9.790.000 € |
| Sonstige ordentliche Aufwendungen | 56.892.990 € | 65.508.775 € | -8.615.785 € |
| - davon Verlustübernahme B TMH | 10.786.238 € | 23.511.698 € | -12.725.460 € |

Die Aufwendungen sind im Wesentlichen von den Transferaufwendungen in Höhe von rund 265,9 Millionen Euro geprägt, die einen Anstieg von rund 2 Prozent beinhalten. Veränderungen hat es insbesondere bei den Sozialaufwendungen mit über 4 Millionen Euro und den Umlagezahlungen an den LVR mit über 2 Millionen Euro gegeben.

Der Anstieg bei den zahlungswirksamen Personalaufwendungen von rund 3 Millionen Euro berücksichtigt 26,5 neue Stellen im Kita-Bereich (rund 1,2 Millionen Euro), Tarifsteigerungen und einen Einsparbetrag von rund 2 Millionen Euro.

Die Pensions- und Beihilferückstellungen verbessern sich insgesamt um rund 9,8 Millionen Euro und in den sonstigen ordentlichen Aufwendungen liegt die größte Verschlechterung in dem Zuschuss an die Betriebe der Stadt (BtMH), nämlich mit rund 12,7 Millionen Euro. Dies ist insbesondere auf den höheren Zuschussbedarf der BHM zurückzuführen, der sich aus der angekündigten Halbierung der RWE-Dividende und Mindererträgen der MVG (sog. Übersteigerausgleich) ergibt.

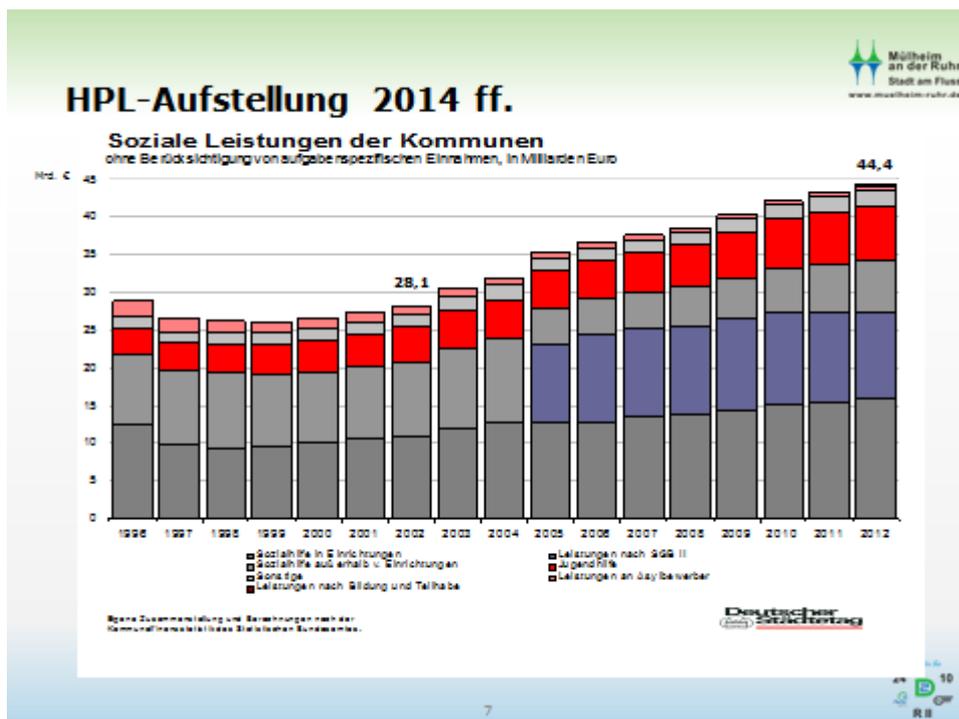
Meine Damen und Herren,

auf zwei wesentliche Aspekte möchte ich heute besonders eingehen:

1. Die Entwicklung der Sozialaufwendungen

und

2. Die Entwicklung der Umlage an den Landschaftsverband Rheinland sowie das Thema „Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen“



Belief sich der Sozialaufwand in den Kommunen 2002 noch auf rund 28,1 Milliarden Euro, so betrug er im Jahr 2012 bereits 44,4 Milliarden Euro. Eine Steigerung von 16,3 Milliarden Euro beziehungsweise 58 Prozent. Bis zum Jahr 2016 wird ein Anstieg auf rund 50 Milliarden Euro erwartet.

Liebe Ratsvertreter,

war früher die hohe Arbeitslosigkeit der große Kostentreiber bei den Sozialleistungen, so sind diese mittlerweile weitgehend konjunkturunabhängig.

**HPL-Aufstellung 2014 ff.
Ausgewählte Sozialaufwendungen**



| | 2005 | 2014 | Änderung |
|---|-----------|-----------|----------|
| Kosten der Unterkunft (KdU) | 20.829 T€ | 32.841 T€ | + 57,7 % |
| Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung | 5.608 T€ | 0 T€ | - 100 % |
| Hilfen zur Pflege + Pflegegeld | 10.212 T€ | 14.355 T€ | + 40,6 % |
| Hilfen zur Erziehung nach SGB VIII (ohne Delegationsleistungen an freie Träger) | 12.454 T€ | 17.650 T€ | + 41,7 % |

Alle Beträge netto, d.h. nach Abzug Bundesbeteiligung (auch GruSi, SGB XII, Kap. 4) bzw. Erstattungen LVR (Hilfe zur Pflege)



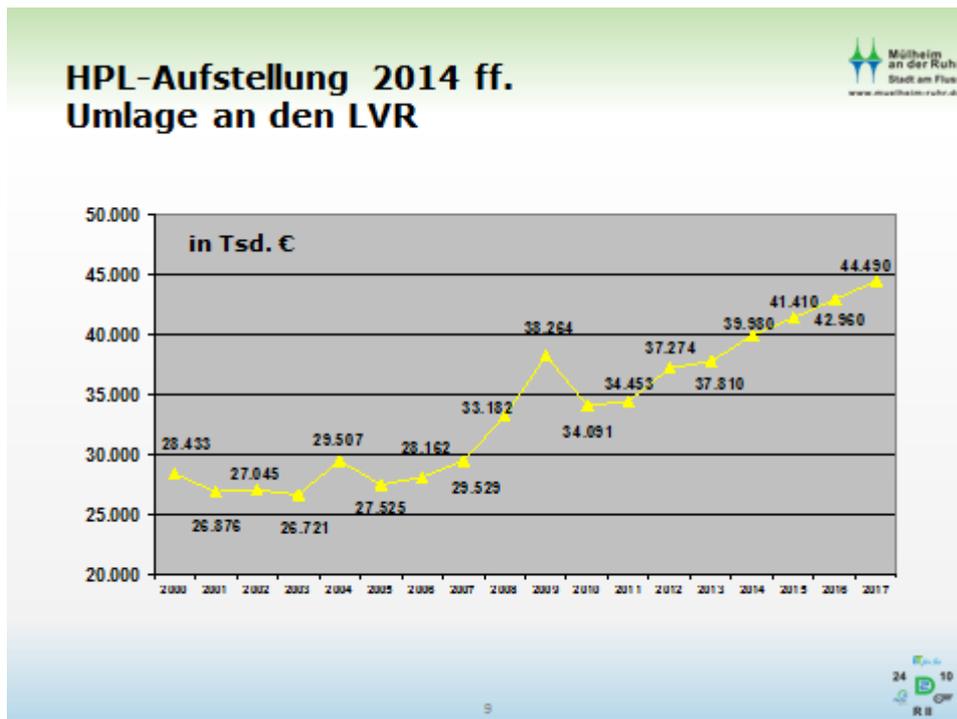
Aus dieser Folie können Sie den Mülheimer Entwicklungsprozess von 2005 bis 2014 erkennen. Die Kosten der Unterkunft steigen in diesem Zeitraum um über 12 Millionen Euro, mithin 57,7 Prozent! Bei den Hilfen zur Pflege und dem Pflegegeld sind es 4,1 Millionen Euro (40,6 Prozent), bei den Hilfen zur Erziehung 5,2 Millionen Euro (41,7 Prozent).

Natürlich hilft uns die Entlastung bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Im Jahr 2014 werden die vollständigen Kosten für diesen Bereich übernommen und unsere gesamte Entlastung beträgt dann rund 15,7 Millionen Euro. Allerdings wird diese durch die übrigen Aufwendungen im Sozialbereich aufgezehrt. Das Ergebnis des Amtes 50 - nach internen Leistungsbeziehungen - bleibt im Jahr 2014, trotz der Entlastungen bei der Grundsicherung im Alter, „fast konstant“ bei rund 95,6 Millionen Euro. (Ergebnis Amt 50 2013 – 95,8 Millionen Euro). Das ergibt eine planerische Ergebnisverbesserung von rund 200.000 Euro von 2013 auf 2014.

Bis zum Jahr 2017 steigt das Ergebnisdefizit des Sozialamts auf rund 97,8 Millionen Euro; somit um 2,2 Millionen Euro. In den darauffolgenden Jahren wird dieses Ergebnis planerisch weiter ansteigen.

Meine Damen und Herren,

wir sparen noch gegen eine weitere Entwicklung an, nämlich die ständig steigenden Umlagezahlungen an den Landschaftsverband Rheinland.



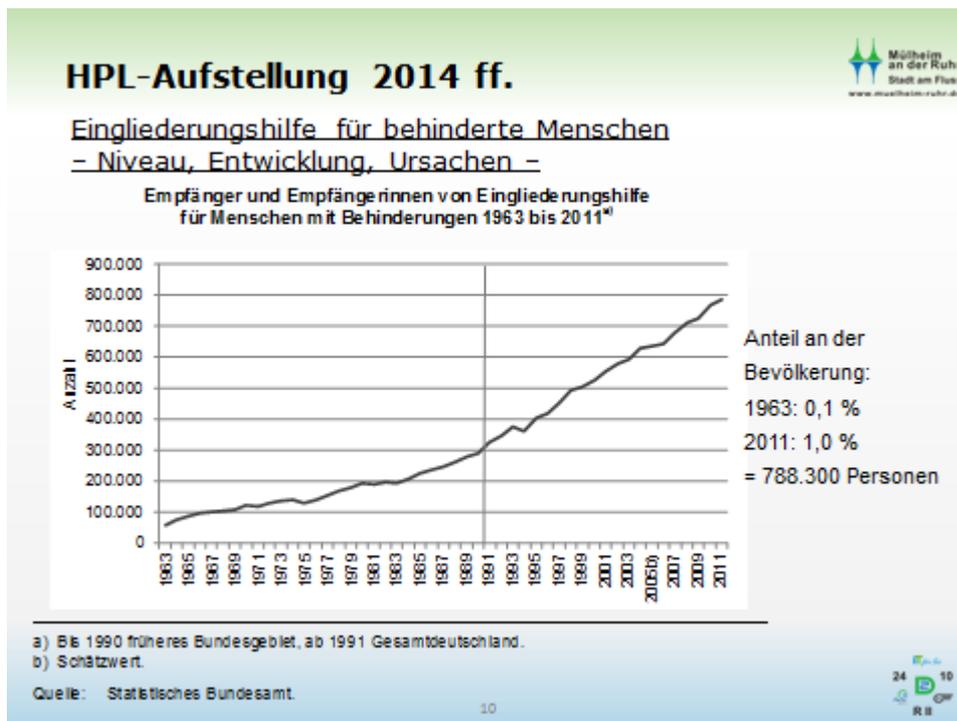
Im Wesentlichen handelt es sich dabei um den städtischen Finanzierungsbeitrag für Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung. Die Umlage steigt von rund 27,5 Millionen Euro in 2005 auf rund 40 Millionen Euro in 2014, somit ein Anstieg von rund 45 Prozent.

So werden unsere Sparanstrengungen sowie die Entlastungen bei der Grundsicherung im Alter schnell wieder aufgezehrt.

Allerdings gibt es im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen auch „Bewegung“.

In der Tendenz waren sich vor der Bundestagswahl und während der „Wahlkampfzeit“ zumindest die großen Parteien einig, dass der Bund die Kosten der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung übernimmt. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung und Aufgabe, die nicht weiter durch die Kommunen finanziert werden kann. Mit Beschluss vom 22. März 2013 hat sogar der Bundesrat den Bund aufgefordert, diese Kosten vollständig zu übernehmen.

Dazu einige Kennzahlen:



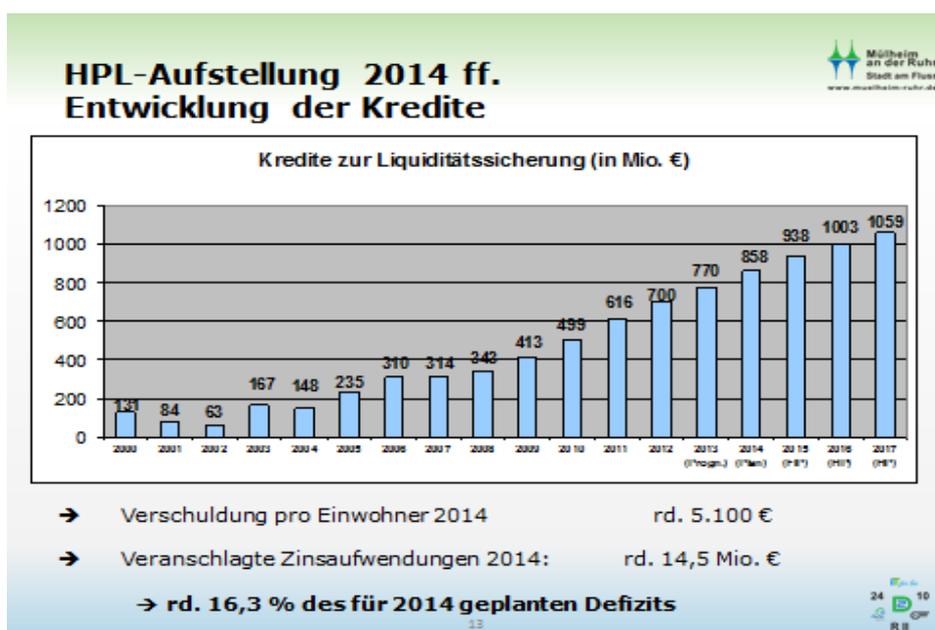
Unterstützt wurden 1963 bundesweit 57.800 behinderte Menschen gleich 0,1 Prozent der Gesamtbevölkerung, wobei sich diese geringe Zahl als Folge der Ermordung von Behinderten in der Nazi-Zeit erklärt. Im Jahr 2011 waren es dank medizinischen Fortschritts und der Ausweitung der Berechtigung auf Unterstützung auch bei psychischen Behinderungen schon 788.300 gleich einem Prozent der Bevölkerung.



Die Kosten sind von fast 0 Euro in 1963 auf über 14 Milliarden Euro angestiegen. Davon fielen in 2011 rund 3,3 Milliarden Euro auf NRW. In NRW wird die kommunale Durchführung dieser Aufgabe im Wesentlichen durch die beiden Landschaftsverbände realisiert.



Für Mülheim könnte laut Berechnung der FORA GmbH eine Entlastung von 24 Millionen Euro entstehen, die wir im Gegensatz zu anderen Städten nicht in die Finanzplanung aufgenommen haben. Damit ließen sich unter anderem Risiken beherrschen und es käme darüber hinaus zu strukturellen Entlastungen. Voraussetzung ist allerdings, dass die Entlastungen auch bei den Kommunen ankommen und beispielsweise nicht auf den übergeordneten Instanzen/Behörden versickern. Das muss in jedem Fall vermieden werden. Wir müssen hier wachsam bleiben!



Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ein kurzer Blick auf die Entwicklung der Kassenkredite muss sein, denn hierdurch wird die dramatische Situation wie immer deutlich. Zum Ende des Planjahres 2014 erwarten wir einen Stand von 858 Millionen Euro, in 2016 wird die Milliarden-Grenze überschritten! Die Verschuldung pro Einwohner steigt damit im Jahr 2014 auf 5.100 Euro; die Zinsaufwendungen sind für das kommende Jahr mit rund 14,5 Millionen Euro veranschlagt und betragen rund 16,3 Prozent des geplanten Defizits.

Sehr geehrte Ratsmitglieder,

nun zum Haushaltskonsolidierungsprozess.

Nach der Finanzplanung aus 2013 war es unser Ziel, dass das Defizit in 2014 bei lediglich rund 63 Millionen Euro liegt, mithin eine Abweichung von rund 26 Millionen Euro.

Sie wollen nun natürlich wissen, wie sich diese Entwicklung erklärt. Lassen Sie mich auf die wesentlichen Gründe und Auswirkungen kurz eingehen. Dabei sind die Auswirkungen in einmalige bzw. nicht dauerhafte und dauerhafte/strukturelle Auswirkungen zu unterteilen.

**HPL-Aufstellung 2014 ff.
Veränderungen im Konsolidierungsprozess**

Mülheim
an der Ruhr
Stadt am Fluss
www.muelheim-ruhr.de

einmalige/nicht dauerhafte Auswirkungen

- Buchungssystematik der Pensionsrückstellungen bei Besoldungserhöhungen verändert
- Konsolidierungszeitraum für Personalkosteneinsparungen verlängert/temporär verschoben
- Halbierung RWE-Dividende angekündigt

dauerhafte/strukturelle Auswirkungen

- Erhöhung U3-Betreuungsquote und übriger Kita-Bereich
- Defizitausgleich MVG
- Reduzierung von Schlüsselzuweisungen

→ **positives Gegengewicht:** Deckung der strukturellen Auswirkungen auf der Zeitachse durch Reduzierung des Zinsaufwandes vor dem Hintergrund des weiterhin historischen Zinstiefs

14

24 10
RB

Die einmaligen bzw. nicht dauerhaften Veränderungen (zeitlich begrenzte Effekte) haben ein Volumen von rund 15,7 Millionen Euro:

- Im Jahr 2014 mussten einmalig die Pensionsrückstellungen um 7,7 Millionen Euro erhöht werden. Dabei handelt es sich um eine Verschiebung aus 2013, da sich u. a. die „Buchungssystematik der Besoldungserhöhungen im Hinblick auf Pensionsrückstellungen“ verändert hat.
- Der Konsolidierungszeitraum für die Personalkosteneinsparungen muss um zwei Jahre bis 2018 verlängert werden (ursprünglich war als „Endjahr“ 2016 vorgesehen), dies führt in 2014 zu einer temporären Belastung/Verschiebung von 2,5 Millionen Euro.
- Durch die angekündigte Halbierung der RWE Dividende verbleibt übergangsweise/temporär ein nicht gedeckter Minderertrag von rund 5,5 Millionen Euro. Allerdings steht die Entscheidung der Hauptversammlung in 2014 noch aus. Bis dahin werde ich alle Möglichkeiten nutzen, um eine „bessere“ Dividende zu erreichen. Nach einer „Dürreperiode“ wird in jedem Fall wieder ein Anstieg der Dividende erwartet.

Die dauerhaften und strukturellen Veränderungen haben ein Volumen von rund 10,3 Millionen Euro. Im Wesentlichen bezieht sich dies auf folgende Aspekte:

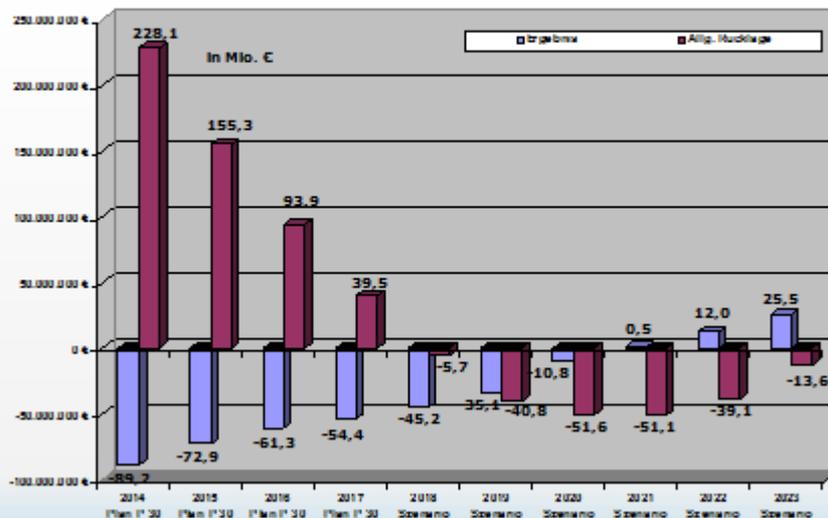
- Die U3-Betreuungsquote musste zur Erfüllung des Rechtsanspruchs erhöht und der „halbe“ Trägeranteiles der evangelischen u. katholischen Tageseinrichtungsträger übernommen werden. Dies führte im Kita-Bereich zu einer Verschlechterung von rund 2 Millionen Euro.
- Für den Defizitausgleich der MVG wurden im Kernhaushalt weitere 2 Millionen Euro ab 2014 veranschlagt, da dort durch den so genannten Übersteigerausgleich (Einnahmeaufteilungsverfahren) mit geringeren Einnahmen kalkuliert wird.
- Die restliche Verschlechterung ergibt sich aus der Reduzierung von Schlüsselzuweisungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

in einer Zeit mit steigenden Aufwendungen (zum Beispiel Ausbau der U3-Betreuung) und kurzfristig „weggebrochenen“ Erträgen (zum Beispiel weniger Schlüsselzuweisungen und Halbierung der RWE-Dividende) sowie einem schon vorliegenden Haushaltssicherungskonzept mit knapp 250 Einzelmaßnahmen und einem strukturellen Einsparvolumen von über 90 Millionen Euro sehe ich derzeit keine Chance, die neu entstandene „Deckungslücke“ kurzfristig in 2014 zu schließen.

Als positives Gegengewicht konnten die Festlegungen der Europäischen Zentralbank (EZB) und der amerikanischen Notenbank (FED) im Hinblick auf die weitere Zinsausrichtung genutzt werden. Durch weiterhin historisch niedrige Zinsen konnten wir in unserer langfristigen Planung (Konsolidierungszeitraum bis 2021) den Zinsaufwand um über 10 Millionen Euro strukturell reduzieren.

HPL-Aufstellung 2014 ff. Ergebnisse / Eigenkapitalentwicklung



Somit konnten die strukturellen/dauerhaften Veränderungen auf der langfristigen Zeitachse aufgefangen werden. Es konnte dabei leider nicht vermieden werden, dass im Jahr 2018 die Überschuldung eintritt und die „Wiederherstellung des Eigenkapitals“ bis 2023 auch derzeit nicht möglich erscheint. Das heißt, wir mussten aus grundsätzlich von uns nicht zu beeinflussenden Gründen/Faktoren das Tempo für den Defizitabbau reduzieren und können trotz einer „Havarie“, um im Bild meiner Rede zu bleiben, d. h. trotz des Eigenkapital-Verlustes, noch das rettende Ufer in 2021 mit einem erstmals positiven Jahresergebnis von fast 500.000 Euro erreichen.

Sehr geehrte Ratsvertreter,

aus all diesen Zahlen, Daten und Fakten ergibt sich für mich zwingend ein einziger „Navigationsweg“: Ziel der diesjährige Haushaltsberatung muss es sein, wieder ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept (HSK) zu beschließen.

Die Bezirksregierung hat uns mit der diesjährigen Haushaltsverfügung bescheinigt, dass die bisher von uns dargelegten Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes die vielfältigen Bemühungen dokumentieren, die finanzielle Situation der Stadt zu verbessern. Es wurde aber auch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes konsequent umzusetzen sind und dass insbesondere auf diesen Bereich bei der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes besonderes Augenmerk gelegt wird. Verbindlich bleibt weiterhin, dass ein „Ausgleich“ in 2021 darzustellen ist.

Meine Damen und Herren,

aus den vorgenannten Ausführungen ist deutlich geworden, dass es viele Bereiche gibt, gegen deren Ausweitung wir ansparen. Insbesondere gilt dies für den Sozial- und Jugendbereich, aber auch generell für den Bereich der Personalkosten.

Allein eine einprozentige Tarif- und Besoldungssteigerung führt sofort zu einer Haushaltsausweitung von rund 1,4 Millionen Euro. Das bedeutet, dass allein für die Re-Finanzierung dieser einprozentigen Tarifsteigerung rund 28 Stellen (bei einem durchschnittlichen Tarif / Besoldungsentgelt von rund 50.000 Euro per anno) eingespart werden müssten. Anderes ausgedrückt: Unsere Einsparungen werden durch von uns nicht zu beeinflussende Aufgaben/Parameter im Wesentlichen aufgeessen.

Wir könnten jetzt resignieren und den Kopf in den Sand stecken. Das wäre aber aus meiner Sicht falsch und entspräche nicht meinem Verständnis von kommunaler Selbstverwaltung. Wir sollten gemeinsam nach vorne schauen und nicht mit Schuldzuweisungen nach hinten.

Aus einem Mix von weiterer Eigenkonsolidierung und Unterstützung von Land und Bund müssen wir hartnäckig das Ziel des Haushaltsausgleichs verfolgen. Es geht nur im „Drei-Klang“, Bund – Land - Kommune, wer anderer Auffassung ist, der hat sich nicht intensiv genug mit dem Thema Kommunalfinanzierung, speziell im Ruhrgebiet, auseinandergesetzt.

Meine Damen und Herren,

ich stelle Ihnen nun kurz dar, wo wir bei der HSK-Erfüllung stehen und wie es weitergeht.



HPL-Aufstellung 2014 ff. Umsetzung HSK

| Jahr | HSK-Volumen | Umsetzung | % |
|-------|-------------|---------------------------|------|
| 2012: | 31,2 Mio. € | 29,4 Mio. € | 92,9 |
| 2013 | 37,8 Mio. € | Quote wie 2012 angestrebt | |

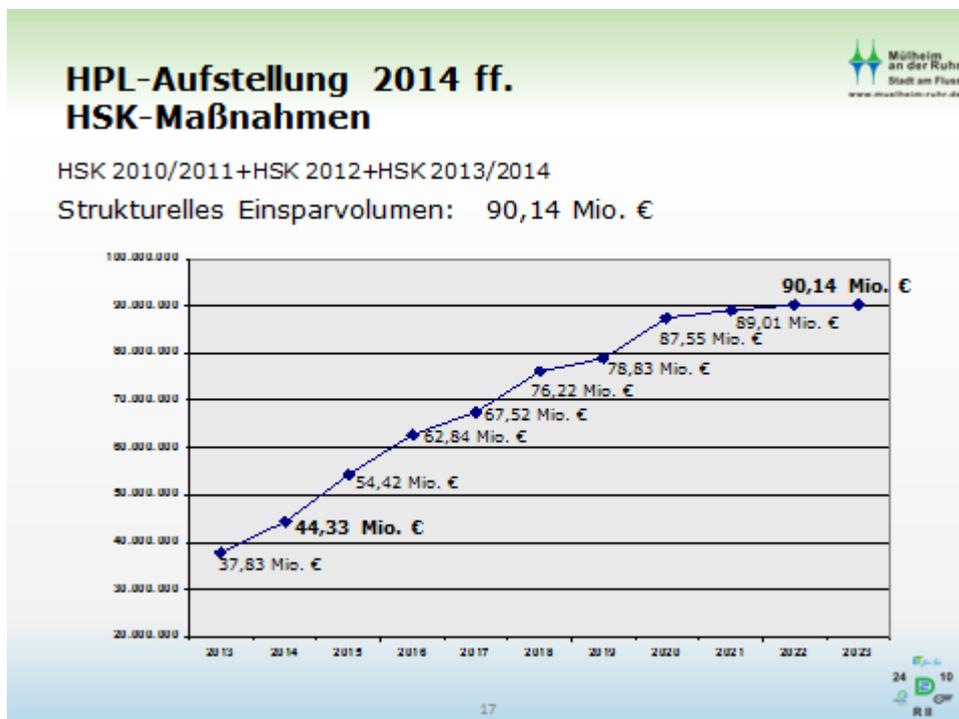


15

Betrachten wir das Jahr 2012, so wird deutlich, dass von den planerisch dargestellten HSK-Maßnahmen im Volumen von rund 31,2 Millionen Euro eine Realisierung in Höhe von rund 29,4 Millionen Euro erfolgte. Dies entspricht einer Quote von rund 92,9 Prozent. Eine wesentliche Maßnahme, die leider nicht eingehalten werden konnte, ist die Ausschüttung der Sparkasse in Höhe von 1 Millionen Euro.

Auch für das Jahr 2013 gehe ich davon aus, dass der Großteil der Maßnahmen mit einem Volumen von rund 37,8 Millionen Euro umgesetzt werden kann und wir eine vergleichbar hohe Umsetzungsquote wie in 2012 erreichen.

Die Eigenkonsolidierung schreitet also gut voran!



Wir sind auf einem guten Weg, haben aber in den nächsten Jahren noch ein hartes Stück „Umsetzungsarbeit“ vor uns. Die Umsetzung der von Ihnen bereits beschlossenen 247 HSK-Maßnahmen sowie dem Strategiefeld Personal mit einem strukturellen Einsparvolumen von insgesamt 90,1 Millionen Euro steht als große Herausforderung in den nächsten Jahren vor uns.

Wie bereits erwähnt, mussten wir eine temporäre Verschiebung bei den Personalkosteneinsparungen vornehmen.

Mit den bisherigen Haushaltssicherungskonzepten haben Sie eine Personalkosteneinsparung von 16,5 Millionen Euro bis zum Jahr 2016 beschlossen. Bis Ende 2013 wird voraussichtlich eine Einsparung von 8,1 Millionen Euro erzielt. Möglich wurde dies durch das HSK 2010 ff und die darin eingebettete Dienstvereinbarung zur Steuerung und Umsetzung des Bündnisses für Ausbildung, Beschäftigung und Konsolidierung (DV „Bündnis“). Bei der Umsetzung der Maßnahmen aus dieser Dienstvereinbarung zeigte sich aber bereits, dass nicht alle von den Mitarbeitern beantragten Maßnahmen von den Fachbereichen befürwortet werden konnten. Aufgrund der vorherrschenden Leistungsverdichtung mussten Maßnahmen abgelehnt werden. Die Erreichung des vorgesehenen Zwischenschrittes von rund 13,5 Mio. € ist daher nicht bis 2014 zu möglich.

Zieht man vom ursprünglichen Einsparziel (16,5 Millionen Euro) die voraussichtlich bis 2013 erzielten Ersparnisse (8,1 Millionen Euro) ab, so ergeben sich noch einzusparende Personalkosten von 8,4 Millionen Euro.

Um diese und mögliche weitere Haushaltssanierungsmaßnahmen erzielen zu können, sind bzw. werden verschiedene weitere Aktivitäten angegangen, die sich jedoch nicht bis 2014 inklusive einer entsprechenden Personalkosteneinsparung umsetzen lassen.

Der Konsolidierungszeitraum für die Personalaufwendungen wird daher bis 2018 verlängert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtverordneten,
wie wird es weitergehen?

Für den weiteren Haushaltssanierungsprozess werden zusätzliche Maßnahmen/Aktivitäten ergriffen, die zum einen dazu beitragen sollen, die schon beschlossenen und eingeplanten Personalkostenreduzierungen zu erreichen, und zum anderen weitere Einsparbeträge (zum Beispiel im Sachkostenbereich) zu generieren. Hier sind zu nennen:

**HPL-Aufstellung 2014 ff.
Weiterentwicklung HSK**

- Überprüfung pflichtiger Personalstandards bei freiwilliger Überschreitung und Prüfung der Bearbeitungsstandards bei der Anwendung von Ortsrecht
- Abschluss der GPO in den noch ausstehenden Fachbereichen
- Auswertung des voraussichtlich Ende des Jahres vorliegenden GPA-Gutachtens hinsichtlich weiterer Konsolidierungspotenziale
- Flächendeckende Leistungs- und Produktkritik im Dialog mit den politischen Gremien

Mülheim an der Ruhr
Stadt am Fluss
www.muelheim-ruhr.de

24 10
GPA
RLB

18

1. Überprüfung von pflichtigen Personalstandards, soweit diese in Mülheim an der Ruhr freiwillig überschritten werden, sowie Prüfung der Bearbeitungsstandards bei der Anwendung von Ortsrecht.
2. Abschluss der laufenden Geschäftsprozessoptimierung in den noch ausstehenden Fachbereichen.
3. Die Gemeindeprüfungsanstalt GPA untersucht derzeit die kreisfreien Städte. Nach Vorlage des Gutachtens der GPA – voraussichtlich Ende des Jahres - ist dies für Mülheim auszuwerten mit der Zielsetzung, daraus weiteres Konsolidierungspotenzial zu heben.
4. Festzuhalten ist allerdings auch, dass wir das politisch beschlossene Ziel der Personalkosteneinsparung nicht ohne Leistungsveränderungen bzw. -einschränkungen erreichen können. Daher wollen wir im nächsten Jahr auch eine flächendeckende Leistungs- und Produktkritik im Dialog mit den politischen Gremien angehen, um damit die beschlossenen Personalkosteneinsparungen zu erreichen und auch neue HSK-Einzelmaßnahmen zu generieren, damit unter anderem weitere Sachkosten eingespart werden können. Dabei ist es erforderlich, sich mit dem städtischen Leistungsportfolio zu beschäftigen und konkret zu entscheiden, was wir zukünftig nicht mehr oder anders anbieten/durchführen. Verzicht wird notwendig sein. Dabei sind die aus der Kernverwaltung ausgegliederten Aufgabenbereiche mit einzubeziehen, das heißt, auch das Aufgabenspektrum unserer „Töchter“ steht zur Disposition.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

bisher ist es nicht gelungen, Entscheidungen zu treffen, die „weh“ tun. Sie haben die Verwaltung scharf kritisiert, wenn sich auf Grund von „Personalmangel“ Wartezeiten erhöht haben. Es haben sich immer Mehrheiten gefunden, die beispielsweise gegen eine Schließung oder Aufgabe waren.

Die laufende Debatte zum ÖPNV wird zeigen, ob das Thema „Haushaltssanierung“ von allen ernst genommen wird. Ich erinnere an dieser Stelle an das, was ich schon im Rahmen einer Pressemitteilung im Juli gesagt habe: Ein „Weiter so“ ist nicht finanzierbar!

Meine Damen und Herren,

neben unseren eigenen „Hausaufgaben“ der Haushaltskonsolidierung haben auch Bund und Land erste richtige und wichtige Schritte getan. Aber es bleiben noch viele offene Flanken:

- Nach der Entlastung des Bundes im Bereich Grundsicherung müssen weitere Entlastungen u. a. im Bereich der Sozialleistungen folgen.
- Die „Webfehler“ des NRW-Stärkungspaktes müssen beseitigt werden; Mülheim gehört in den Stärkungspakt!
- Im Übrigen erwarte ich von der Landesregierung, dass die Konnexität beim Thema Inklusion eingehalten wird.

Für das Alles werde ich mich nach wie vor überörtlich einsetzen. Wir müssen weiterhin unablässig und aktiv an Land und Bund appellieren, damit die dortige Verantwortung, die Finanzprobleme der Kommunen zu beseitigen und deren Ursache zu bekämpfen, endlich umfassend erfüllt wird.

Ich habe es schon im letzten Jahr gesagt und wiederhole es heute mit aller Vehemenz:

Wir Kommunen sind nicht das „Unterdeck der Demokratie“!
Handlungsunfähige Städte schaden dem ganzen Land!

Meine Damen und Herren,

zum Schluss möchte ich noch einmal Eines betonen: Mir ist bewusst, dass schon seit längerem und immer wieder Vieles im Umbruch ist. Die stetige Haushaltskonsolidierung stellt eine starke Belastung dar. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die diesen Weg mit uns gehen, gilt heute mein besonders herzlicher Dank.

Für die konstruktive Vorberatung danke ich Ihnen, liebe Frau Oberbürgermeisterin, und Ihnen, meinen Dezernenten-Kollegen.

Besonders erwähnen möchte ich an dieser Stelle auch noch die Kolleginnen und Kollegen des Fachbereiches Finanzen unter der Leitung von Herrn Niggemann. Ihnen stand in der Hektik der letzten Wochen wieder einmal sprichwörtlich „das Wasser bis zum Hals“ – vielen Dank daher auch noch einmal dorthin für den geleisteten Einsatz und das gute Ergebnis.

Ich danke Ihnen, liebe Ratsvertreter, fürs Zuhören, und schließe mit folgendem Satz: „Ein Schiff ist im Hafen sicherer als auf See. Aber wofür ist es gebaut?“

Meine Damen und Herren,

wir dürfen uns nicht auf dem Ausruhen, was wir mit dem letzten Haushalt erreicht haben. Wir haben einen guten Kurs eingeschlagen, dürfen nicht zurück rudern, sondern müssen auf dem Wasser und am Wind bleiben.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine gute Haushaltsberatung und dabei immer „eine Handbreit Wasser unter dem Kiel“.

Glück auf!